

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 12.01.2012

Wann wird die Finanztransaktionssteuer in Deutschland eingeführt?

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise hat die bereits seit den 1990er-Jahren laufende Debatte um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer nach Medieninformationen an Fahrt gewonnen. Die Finanztransaktionssteuer soll beim gesamten Handel an den Finanzmärkten fällig werden. Im Vordergrund stehen Aktien, Anleihen, Devisen und Derivate. Unstrittig ist, dass die Steuer auf den Handel an Börsen erhoben werden soll. Als Steuersatz werden Werte im Bereich zwischen 0,01 % und 0,1 % vorgeschlagen.

„Eine schnelle Einführung der Finanztransaktionssteuer ist möglich und überfällig“, forderte Axel Troost, MdB, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, am 6. Januar 2012 auf die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, eine Finanztransaktionssteuer noch im Frühjahr des Jahres im nationalen Alleingang einführen zu wollen.

Nach einer im Auftrag der französischen Finanzberatungsgesellschaft 99 Partners erstellten Studie, die dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages vorliegt, könnte eine solche im nationalen Alleingang machbare Steuer Frankreich jährliche Einnahmen in Höhe von 12,5 Milliarden Euro verschaffen. In Deutschland wären der Studie zufolge jährliche Einnahmen in Höhe von 16 Milliarden Euro möglich. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag hat daher in einem gemeinsamen Antrag mit der französischen Front de Gauche am 1. Dezember 2011 zeitgleich sowohl im Deutschen Bundestag als auch in der französischen Nationalversammlung die Einführung der Finanztransaktionssteuer für Anfang 2012 gefordert.

Die Absicht des französischen Staatspräsidenten, im nationalen Alleingang die Finanztransaktionssteuer einzuführen, lässt nach Expertenmeinung darauf schließen, dass die Bundesregierung das bisher gemeinsame Projekt offenbar nicht mit der gleichen Konsequenz verfolgt wie die französische Regierung. Es ist darauf hinzuweisen, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei dem Treffen mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy am 9. Januar 2012 signalisiert hat, dass sie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Euroraum befürworte. Durch das Beharren der FDP auf einer EU-weiten Einführung ist die Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel allerdings blockiert. Das wiederum wird von Fachkreisen als Vorwand für die generelle Verhinderung der Einführung der Finanztransaktionssteuer in Deutschland benannt. Innerhalb der EU gelten Großbritannien und Schweden bislang als entschiedene Gegner der Pläne für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Nach dem Willen der EU-Kommission soll die Steuer ab 2014 in allen EU-Ländern erhoben werden. Die Verwendung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer ist zwischen der EU-Kommission und den Regierungen von EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Deutschland jedoch umstritten. Die EU-Kommission befürwortet eine Aufteilung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten. Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und anderer EU-Staaten stellen sich dagegen vor, dass Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer allein den nationalen Haushalten zur Verfügung stehen sollen. Offen ist dabei, ob im Falle der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Deutschland eine Verteilung des Aufkommens wie bei der Umsatzsteuer nach Bund, Ländern und Gemeinden gewählt wird oder ob eine andere Verwendung bevorzugt wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Haltung bezieht sie gegenüber der Bundesebene hinsichtlich der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Deutschland?
2. Würde sie es begrüßen, wenn Deutschland, unabhängig von anderen EU-Ländern, dem französischen Beispiel folgend, auch hierzulande eine diesem Modell entsprechende bzw. ähnliche Regelung einführen würde?
3. Wie sollen nach ihrer Auffassung mögliche Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer in Deutschland auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt werden?

Kreszentia Flauger
Fraktionsvorsitzende